



Protokoll

Gremium:	Ausschuss für Mobilität
Sitzungstermin:	Dienstag, 11.03.2025
Sitzungsbeginn:	16:10 Uhr
Sitzungsende:	18:08 Uhr
Raum, Ort:	Ritterakademie, Am Graalwall 12, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Pia Redenius
Christian-Tobias Gerlach

Grundmandat

Dirk Neumann bis 17:30 Uhr
Frank Soldan

Beratende Mitglieder

Jonas Korn bis 18:00 Uhr
Heiko Meyer Vertretung für: Herrn Cornelius Schnabel ,
LCM
Ulrich Mäde
Heide Schmidt Vertretung für: Herrn Peter Pabst , Behinder-
tenbeirat
Uwe Wenk bis 18:05 Uhr

Verwaltung

Markus Moßmann
Alexander Matz
Jürgen Kipke
Tanja Berg

Mitglieder des Gremiums

Carmen Maria Bendorf
Ulrich Blanck
Keno Freund
Jule Grunau Vertretung für: Frau Andrea Kabasci
Jörg Kohlstedt
Martin Lühmann
Eckhard Pols Vertretung für: Herrn Burghard Heerbeck
Jens-Peter Schultz

Protokollführung

Katrin Schütte

Gäste

Frank Maruhn

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
4	Einwohnendenfragen	
5	Koordinierung von Baustellen 2025 ff. im östlichen Stadtgebiet: - 1. Bauabschnitt Dahlenburger Landstraße / Pulverweg - 2. Bahnbrücke Bleckeder Landstraße - 3. Bauabschnitt Dahlenburger Landstraße (Am Schwalbenberg bis Ziegelkamp inkl. Erschließung Lucia-Komplex)	VO/11755/25
6	Anfragen im öffentlichen Teil	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Redenius begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Mobilität fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Ausschussvorsitzende Redenius erläutert, dass die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Städtische Beteiligungen zu der heutigen Sitzung nicht im formellen Sinne eingeladen, sondern durch die Verwaltung lediglich auf diese aufmerksam gemacht worden seien.

Dem einzigen aus diesem Ausschuss anwesenden Mitglied, Ratsherrn Grimm, wird hierauf einstimmig ein Rederecht eingeräumt.

Zu TOP 3 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Erster Stadtrat Moßmann erläutert, dass im Rahmen der heutigen Sondersitzung über die verschiedenen Baumaßnahmen an der Dahlenburger- und Bleckeder Landstraße sowie deren jeweilige Bedeutung und Möglichkeiten der Umsetzung informiert werden soll.

Der Verwaltung sei bereits zum Jahreswechsel 2012/2013 von der Deutschen Bahn mitgeteilt worden, dass an den Bahnbrücken an der Bleckeder Landstraße Erneuerungsbedarf bestehe. Der Zeitpunkt der Umsetzung der entsprechenden Baumaßnahmen sei damals für 2015 in Aussicht gestellt worden. Später sei eine entsprechende Kreuzungsvereinbarung für die dann durch die Verwaltung geplante Anpassung des Straßenraumes mit der Deutschen Bahn geschlossen worden. Nachdem die Deutsche Bahn den Maßnahmenbeginn über zehn Jahre hinweg geschoben habe, könne nun – im Jahre 2025 – damit begonnen werden, wobei die Deutsche Bahn nun auch nur eine Brücke sanieren wolle und nicht – wie ursprünglich verlautbart – beide Bahnbrücken in der Bleckeder Landstraße.

Die Notwendigkeit der Anpassung der Dahlenburger Landstraße in den Knotenpunkten Schützenstraße und Pulverweg wiederum resultiere aus einem städtebaulichen Vertrag aus dem Jahre 2020, in welchem die Konversion des ehemaligen Lucia-Komplexes in ein Hotel, Wohneinheiten und Nahversorgungsmärkte mit den Investoren vereinbart worden sei.

Des Weiteren läge in diesem Straßenzug ein abgängiger Niederschlagswasserkanal und es würde u.a. ein Lückenschluss der Avacon zwischen den Fernwärmenetzen Kaltenmoor und Hanseviertel vorgenommen.

Um die gleichzeitige Umsetzung all dieser Maßnahmen, die jeweils keinen Aufschub duldeten, bestmöglich ausführen zu können, habe es diverse Abstimmungsgespräche zwischen allen relevanten Akteuren gegeben, in die auch ein Verkehrsgutachter, Vertreter der Blaulichtfamilie und der Landkreis als Träger des öffentlichen Personennahverkehrs sowie die KVG als beauftragtes Verkehrsunternehmen einbezogen worden seien.

Sein Dank gelte an dieser Stelle allen am heutigen Tage anwesenden Akteuren.

Des Weiteren informiert er darüber, dass die Baumaßnahmen in einem neu eingerichteten WhatsApp-Kanal verfolgt werden könnten.

Zu TOP 4 Einwohnendenfragen

Es liegen keine Einwohnendenfragen vor.

Zu TOP 5 Koordinierung von Baustellen 2025 ff. im östlichen Stadtgebiet: - 1. Bauabschnitt Dahlenburger Landstraße / Pulverweg - 2. Bahnbrücke Bleckeder Landstraße - 3. Bauabschnitt Dahlenburger Landstraße (Am Schwalbenberg bis Ziegelkamp inkl. Erschließung Lucia-Komplex) VO/11755/25

Herr Matz, Fachbereichsleitung Tiefbau und Grün, erläutert, dass es zwei Möglichkeiten der Umsetzung der Baumaßnahmen gebe: Entweder unter Vollsperrung oder einseitiger Sperrung der Dahlenburger Landstraße. Unter Abwägung aller Gesichtspunkte sei die Entscheidung schließlich zugunsten der Vollsperrung der Dahlenburger Landstraße getroffen worden.

So wäre die Verkehrsführung auf einer nur einseitig stadtauswärts auf schmaler Furt befahrbaren Dahlenburger Landstraße sowohl für den Kfz- als auch für den Radverkehr suboptimal gewesen.

Des Weiteren hätte eine Bauweise unter halbseitiger Sperrung die gesamte Bauzeit um ca. zwei Jahre verlängert, also verdoppelt und die Baukosten erheblich gesteigert.

Bei der Vollsperrungsvariante hingegen würde sich das Baufeld im Ziehharmonika-Prinzip wie eine Raupe sukzessive von Westen in Richtung Osten entwickeln, so Herr Matz weiter.

Die Lüneburger Innenstadt sei aus Osten kommend über zwei Umleitungsstrecken (Bleckeder Landstraße – Pulverweg – Altenbrückertorstraße sowie Friedrich-Ebert-Brücke) nach wie vor erreichbar.

Zusätzlich zu den Sperrungen in der Dahlenburger- und Bleckeder Landstraße seien eine Sperrung der Soltauer Allee aufgrund einer dortigen Baumaßnahme ab Mitte 2025 sowie aus Norden kommend eine sukzessive Sperrung der B209 in Richtung Innenstadt zu berücksichtigen.

Für den Fall einer Havarie hätten sich die Bauunternehmen zudem verpflichtet, die jeweiligen Baufelder innerhalb von 24 Stunden verkehrlich wiederherzustellen und grundsätzlich eine Passierbarkeit für Rettungsdienste zu gewährleisten.

Im Pulverweg, der während der gesamten Bauzeit für den Beidrichtungsverkehr zur Verfügung gestellt werde, werde ein zusätzlicher Streifen als Rettungsweg hergerichtet.

Auch bei einer Vollsperrung werde es den zu Fuß Gehenden ermöglicht, das Baufeld jederzeit passieren zu können. Radfahrende könnten diese Furt schiebend nutzen.

Herrn Wenk, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, regt an, die entsprechende Fußgängerfurt als Gehweg mit einer Freigabe für den Radverkehr auszugestalten, da es viele Zeiträume ohne anwesende zu Fuß Gehende geben werde.

Erster Stadtrat Moßmann teilt mit, dass diese Möglichkeit auch verwaltungsseitig erwogen worden sei, die Priorität jedoch letztlich darin gesehen werde, gerade dem Fußverkehr ein zügiges Passieren der Baustelle zu ermöglichen und dem fahrenden Verkehr, so auch dem Radverkehr, die entsprechenden Umwege zuzumuten. Als angeordneter Fußweg ohne „Radfahrer frei“ sei der Schutz der Fußgänger höher und rechtlich zweifelsfrei. Im Sinne der Fußgänger sollte man das so anerkennen und akzeptieren.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, ob die Zuwegung für den Anlieferverkehr für das Unternehmen Lünebest im Lüner Weg sichergestellt sei, was Herr Matz bejaht.

Zu der angegebenen Erreichbarkeit der Innenstadt aus Richtung Süden über die Uelzener Straße spricht Ratsherr Grimm eine mögliche Verzögerung aufgrund der Baumaßnahmen an der B4 und B209 und die gesperrte Abfahrt bei Häcklingen an.

Hierzu teilt Herr Matz mit, dass eine Durchgängigkeit des Häcklinger Kreuzes aus Richtung Süden kommend gegeben sein werde.

Herr Korn, beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, kritisiert die Aufweitung des Knotenpunktes wegen der hierdurch entstehenden Kosten und der immensen Einschränkungen, die in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis stünden, und erkundigt sich, ob der Investor der Baumaßnahme auf dem ehemaligen Lucia-Gelände tatsächlich zurücktreten würde, falls die Dahlenburger Landstraße in dem Zufahrtsknotenpunkt nicht aufgeweitet würde.

Herr Pohland, Vertreter der Investoren, stellt klar, dass es für Lüneburg insgesamt von großem Vorteil sei, dass in die Infrastruktur investiert werde.

Was die Baumaßnahmen auf dem ehemaligen Lucia-Gelände anbelange, hingen diese nicht von der Aufweitung der Dahlenburger Landstraße und der Frage, wie Bus- und Radverkehr dort geführt würden, ab. Vielmehr gehe es darum, dass in der Straße „Am Schützenplatz“ eine gute Infrastruktur hergestellt werde.

Er lobt die Verwaltung für den detaillierten Vortrag, aus welchem auch ersichtlich geworden sei, wie viele Facetten zu bedenken seien und vorliegend auch bedacht wurden. Wichtig sei für die Investoren aber, dass beide Baumaßnahmen zeitgleich erfolgen, da die Zuwegung für Gewerbetreibende und neue Anwohnende im Sommer 2027 in jedem Fall hergestellt sein müsse. Dies sei aufgrund der Komplexität des Zusammenspiels und der gegenseitigen Abhängigkeiten aller Maßnahmen, so auch der Kanal- und Versorgungsleitungsverlegung, nur unter Vollsperrung möglich, was im Übrigen auch besser für die dann herzurichtende Straße sei, die so quasi „in einem Guss“ hergestellt werden könne.

Ratsherr Soldan erkundigt sich, an welchen Stellen die Politik überhaupt noch die Möglichkeit habe, Einfluss zu nehmen.

Erster Stadtrat Moßmann weist darauf hin, dass die Verwaltung Ratsbeschlüsse auszuführen habe und somit an die Kreuzungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn zur Brücke an der Bleckeder Landstraße sowie den Städtebaulichen Vertrag zum ehemaligen Lucia-Gelände gebunden sei und darüber hinaus für eine intakte Infrastruktur zu sorgen habe.

Zudem sei für die Verwaltung die Erneuerung des abgängigen Niederschlagswasserkanals durch die AGL relevant, was ebenfalls mit dem ersten Bauabschnitt beginnen und sich nach Osten fortsetzen werde, wobei auch zusätzliche Anschlüsse, wie z.B. der des Baukomplexes auf dem ehemaligen Lucia-Gelände erfolgen würden. Heute gehe es in der Tat nur darum, die Gründe für die

Entscheidung der Durchführung der Baumaßnahmen unter Vollsperrung unter Mitteilung auch der Abwägungsgründe und Zielkonflikte zu erläutern. Einzig die Erschwerung für die Rettungsdienste bereite in diesem Zusammenhang Unbehagen, was jedoch zu der gemeinsamen Abstimmung im November mit dem Ergebnis der Rettungsgasse im Pulverweg und der Zusatzvereinbarung für Havarie-Fälle mit den Bauunternehmern geführt habe.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirates, fragt, ob auch in den Stadtteilen Neu-Hagen und Kaltenmoor Bürgerversammlungen geplant seien.

Erster Stadtrat Moßmann verneint dies unter Hinweis auf die diversen Informationskanäle, die seitens der Stadt bedient würden.

Herr Mädge weist auf die Schwierigkeiten der Busführungen bei gleichzeitigem Schienenersatzverkehr durch die Deutsche Bahn und Schülerbeförderungen hin. Seiner Ansicht nach sei die Linienführung und Taktung mit der KVG noch abzustimmen.

Mit Blick auf die Situation der Rettungsdienste erkundigt er sich, mit welcher Erhöhung des Verkehrsaufkommens auf der Friedrich-Ebert-Brücke gerechnet werde.

Herr Matz gibt den erwarteten Verkehrszuwachs mit ca. 20 % an. Der sich anschließende Knotenpunkt werde über eine Anpassung der Grünphasen der Lichtsignalanlagen hierfür ertüchtigt.

Von den Rettungskräften möchte Herr Mädge wissen, mit wieviel Minuten späterer Krankenhauseinlieferung aufgrund der Baustellen gerechnet werde.

Herr Köller, stellvertretender Geschäftsführer und Rettungsdienstleiter DRK, weist zunächst darauf hin, dass die Rettungsdienste sich nach gemeinsamer Abwägung ausdrücklich für die kürzere Beeinträchtigungszeit unter Vollsperrung ausgesprochen hätten, da es auch bei halbseitiger Sperrung stadteinwärts zu Beeinträchtigungen gekommen wäre, die dann nur länger gedauert hätten.

Konkretisierend führt er aus, dass Notfälle in Barendorf über Fahrzeuge aus dem Ostlandkreis abgewickelt würden. In die Innenstadt hinein gebe es im Zweifelsfall mehrere Zuwegungsmöglichkeiten, wobei die Schießgrabenstraße auch jetzt bereits überlastet sei. Wichtig war den Rettungskräften die Ertüchtigung des Pulverweges. Unter Einsatz von Blaulicht und Martinshorn werde auch in der Vollsperrungsvariante ein Erreichen des Krankenhauses unter Einhaltung der gesetzlichen Hilfspflichten gewährleistet.

Ratsherr Grimm zweifelt an, dass die Umsetzung unter Berücksichtigung der bereits jetzt hohen Auslastung der Zuwegung zur Berufsschule und der noch folgenden Baumaßnahmen zur A39 funktionieren werden.

Herr Matz betont hierzu, dass im Zweifelsfall jederzeit nachgesteuert werden könne. Erfahrungsgemäß sei aber nach ca. ein bis zwei Wochen eine Beruhigung zu erwarten, wenn die Menschen sich neue Wege gesucht und an diese gewöhnt hätten.

Die Autobahn wiederum werde während der dortigen Baumaßnahme durchgehend mindestens einspurig je Fahrtrichtung befahrbar sein und somit verkehrstechnisch ohne Auswirkung auf die städtischen Baustellen bleiben, wobei sich die Hansestadt und die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr selbstverständlich in engem Austausch befänden.

Ratsherr Kohlstedt bezweifelt, dass die Auswirkungen der Qualitätsoffensive der Deutschen Bahn so nebensächlich seien, wie dargestellt. Auch dass der Pulverweg zur Aufnahme der Umleitungsverkehre in der Lage sei, werde von ihm angezweifelt.

Er stimme zudem Herrn Mädge darin zu, dass weitere Bürgerversammlungen durchgeführt werden sollten.

Herr Matz verweist mit Blick auf den Pulverweg auf die entsprechende verkehrsgutachterliche Prüfung.

Erster Stadtrat Moßmann ergänzt zur Qualitätsoffensive, dass sich der zehnwöchige Schienenersatzverkehr schwerpunktmäßig in Richtung Süden auswirken werde, da die Nahverkehrsverbindung in Richtung Norden auf einem Gleis in dieser Zeit bestehen bleibe. Hierfür sei die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) zuständig. Die Hansestadt Lüneburg werde selbstverständlich fordern, dass die Schienenersatzverkehre schwerpunktmäßig über die Willy-Brandt-

Straße/Universitätsallee einfahren.

Die Durchführung einer weiteren Bürgerversammlung sei aufgrund des bevorstehenden Maßnahmenbeginns jedoch nicht mehr realisierbar. Er verweist noch einmal auf den neuen WhatsApp-Kanal und die übrigen Medien, über welche entsprechende Informationen abrufbar seien.

Ratsherr Schultz weist darauf hin, dass weder Hansestadt noch Verwaltung noch Ratsmitglieder dafür zur Verantwortung gezogen werden könnten, dass die Deutsche Bahn sich über Jahrzehnte nicht um die Sanierung der Brücke gekümmert und das Planfeststellungsverfahren so lange gedauert habe.

Allein die Beseitigung der Unfallhäufungsstelle am Pulverweg liege in der Verantwortung der Hansestadt. Die städtebauliche Entwicklung und die Erneuerung abgängiger Leitungen liege aber ebenso im Interesse der Stadt.

Er sehe aber ebenfalls die Notwendigkeit der Durchführung einer weiteren Bürgerversammlung, um den Menschen die Notwendigkeiten zu erläutern und werde dies politisch beantragen.

Herr Meyer, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des LCM, schließt sich dem an und bittet darum, die LCM künftig engmaschiger einzubinden, damit diese zur Informationsweitergabe beitragen könne.

Erster Stadtrat Moßmann teilt mit, dass er sich während der laufenden Sitzung mit dem Landkreis dahingehend habe abstimmen können, dass eine gemeinsame Informationsveranstaltung mit dem Landkreis als Träger des ÖPNV und der KVG als ausführendem Unternehmen durchgeführt werden könne, solange die Baumaßnahmen hierdurch nicht in Verzug geraten würden.

Auf die Frage des Ratsherrn Lühmann zur Führung des ÖPNV durch die Gellerstraße teilt Herr Matz mit, dass die Parkplätze aufgrund der dann geltenden Einbahnstraßensituation dort verbleiben können.

Weiter regt Herr Lühmann an, während der Bauzeit ein zusätzliches Rettungsteam an der KVG oder dem Flugplatzgelände zu stationieren, woraufhin Herr Maruhn, Rettungsdienstleiter ASB, dahingehend beruhigt, dass die gesetzlich vorgegebenen Zeiten zum Erreichen des Krankenhauses, wie bereits ausgeführt, nicht gefährdet seien.

Herr Mädge schließt sich den Ausführungen des Herrn Lühmann an und fragt, wie die Menschen mit Migrationshintergrund in Kaltenmoor, die vermutlich nicht zu einer Bürgerinformationsveranstaltung kommen würden, informiert werden sollen, zumal kaum noch jemand die Zeitung lese.

Herr Matz verweist darauf, dass die Informationswege ja gerade modernisiert worden seien, indem nunmehr auch über Instagram und den WhatsApp-Kanal informiert werde. Diesen hätten bereits ca. 700 Personen abonniert.

Was den Schienenersatzverkehr im Rahmen der Qualitätsoffensive der Deutschen Bahn anbelangt, regt Ratsherr Soldan an, diesen nicht über den ohnehin überlasteten Bahnhof zu führen.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, ob auch die Feuerwehr die Auffassung der übrigen Blaulichtfamilie zur Abarbeitung der Maßnahmen unter Vollsperrung teilt, was Erster Stadtrat Moßmann bejaht und darauf hinweist, dass diese sich im Wege der Amtshilfe bereits mit anderen Wehren in Abstimmung befinde.

Zu TOP 6 Anfragen im öffentlichen Teil

Es liegen keine Anfragen im öffentlichen Teil vor.
